

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 56/0029/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 10.02.2017 Verfasser:								
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2016 – öffentlicher Teil									
Beratungsfolge: TOP: 2 <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 25%;">Datum</td> <td style="width: 25%;">Gremium</td> <td style="width: 25%;">Kompetenz</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>02.03.2017</td> <td>SGA</td> <td>Entscheidung</td> <td></td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz		02.03.2017	SGA	Entscheidung	
Datum	Gremium	Kompetenz							
02.03.2017	SGA	Entscheidung							

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2016 – öffentlicher Teil.

Prof. Dr. Sicking
 (Beigeordneter)

Erläuterungen:

keine



N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Integration und Demographie**

16. Januar

2017

Sitzungstermin:	Donnerstag, 08.12.2016
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:15 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Rosa Höller-Radtke	als Vorsitzende
Ratsfrau Melanie Astrid Seufert	
Ratsherr Holger Brantin	
Ratsherr Josef Hubert Bruynswyck	
Ratsherr Ralf Demmer	als Vertreter für Ratsfrau Brammert, Uschi (CDU)
Ratsherr Hans Leo Deumens	
Ratsfrau Nathalie Hüllenkremer	
Ratsfrau Renate Linsen-von Thenen	

SGA/16/WP 17

Ausdruck vom: 16.01.2017

Seite: 1/19

Ratsfrau Daniela Lucke

Ratsherr Hans Müller

Frau Anne Eickholt-Schippers

Herr Frank Hansen

Herr Gregor Palenberg

Herr Rolf Schäfer

Frau Caline Strack

Herr Waldemar Radtke

als Vertreter für Frau Roitzsch,
Margret (SPD)

Herr Dirk Szagunn

als Vertreter für Herrn Poschmann,
Robert (Piraten)

Herr Jürgen Amberg

Frau Marion Timm

Herr Georg Georgiadis

Abwesende:

Ratsfrau Uschi Brammertz

entschuldigt

Herr Robert Poschmann

entschuldigt

Frau Margret Roitzsch

entschuldigt

Herr Franz-Josef Marx

entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Prof. Dr. Sicking

Dez VI - Beigeordneter -

Herr Frankenberger

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - Fachbereichsleiter

Herr Dr. Otto

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - Sozial- und Altenplaner

Frau Braxein

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Daemen

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Dogan

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Plum

Fachbereich Recht und Versicherung

Frau Wölk

Fachbereich Presse und Marketing

Frau Nadenau

Fachbereich Personal und Organisation

Frau Kommiss

Fachbereich Finanzsteuerung

Herr Kölpin

Fachbereich Finanzsteuerung

als Gäste:

Frau Klein

SKM Aachen

Herr Nyhsen

SKM Aachen

Frau Natus-Can

Helene-Weber-Haus

als Schriftführer:

Herr Bücken

Tagesordnung:

-4-

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 29.09.2016 - öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0003/WP17

- 3 **"Transkulturelle Kompetenz stärken" - Ratsantrag der Fraktion DIE LINKE Nr. 175/17 vom 30.05.2016**
Vorlage: FB 50/0200/WP17

- 4 **Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus**
Vorlage: FB 56/0002/WP17

- 5 **"Stiftung Kinder- und Jugendfonds" - Verwendung von Stiftungsmitteln**
hier: Zuschuss an den SKM Aachen e.V., Projekt "Aachener Hände"
Vorlage: FB 20/0086/WP17

- 6 **"Stiftung Elisabethspitalfonds" - Verwendung von Stiftungsmitteln**
hier: Zuschuss SKM Aachen e.V., Projekt "Gewaltlos stark"
Vorlage: FB 20/0087/WP17

- 7 **Anträge der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf Erhöhung der Zuschüsse 2017**
Vorlage: FB 56/0015/WP17

- 8 **Haushaltsplanberatungen 2017 - Haushaltsplanentwurf 2017**
einschließlich Finanzplanung 2018 - 2020

Vorlage: FB 56/0007/WP17

- 9 **Vergabe von Mitteln aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/ 53180000 "Projekte zur Integration"**

Vorlage: FB 50/0203/WP17

- 10 **WLAN für Flüchtlinge in städtischen Übergangwohnheimen**

Vorlage: FB 56/0016/WP17

- 11 **Unterbringung von Flüchtlingen - Sachstandsbericht der Verwaltung**

Vorlage: FB 56/0004/WP17

- 12 **Aktuelle Situation**

a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0005/WP17

- 13 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 29.09.2016 - nichtöffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0006/WP17

- 2 **Wohnraum nach der Richtlinie Flüchtlinge**
Vorlage: FB 50/0196/WP17

- 3 **Anmietung von Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen**
Vorlage: FB 56/0009/WP17

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Höller-Radtke, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Gäste.

Es werden keine weiteren Anmerkungen, Ergänzungen und/oder Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 29.09.2016 - öffentlicher Teil

Vorlage: FB 56/0003/WP17

Frau Höller-Radtke trägt einen Änderungswunsch von Herrn Verholen zum Protokoll vom 29.09.2016 vor.

Herr Verholen bittet um folgende Änderung unter TOP 6, 4. Absatz:

Satz 2 streichen und stattdessen einfügen.

Er bittet, eine inhaltliche Weiterentwicklung der Begegnungszentren frühzeitig im kommenden Jahr zu beraten und in die gesamtstädtischen Überlegungen zum Quartiersmanagement einzubinden.

Beschluss:

Mit 4 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 29.09.2016 – öffentlicher Teil.

zu 3 'Transkulturelle Kompetenz stärken' - Ratsantrag der Fraktion DIE LINKE Nr. 175/17 vom 30.05.2016

Vorlage: FB 50/0200/WP17

Herr Deumens erläutert, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Beratungsfolge bereits am 02.11.2016 im Integrationsrat behandelt wurde. Er bedankt sich bei Frau Dogan für die ausführliche Vorlage in Bezug auf den schulischen Bereich. Auf Grund der Wichtigkeit der Integration der

SGA/16/WP.17

Ausdruck vom: 16.01.2017

Seite: 7/19

Flüchtlinge, müssen in Zukunft mehr finanzielle und personelle Ressourcen für die Fortbildung in transkultureller Kompetenz zur Verfügung gestellt werden. Auch sollen die Angebote hierfür auf Ehrenamtler, Vereine und andere Institutionen ausgeweitet werden.

Herr Müller ist erfreut, dass die Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge und die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung in wechselseitigem Respekt stark ausgeprägt ist. Er betont die Notwendigkeit, bei der Integration so weiter zu machen wie bisher.

Frau Hüllenkremer freut sich über das Engagement des Kommunalen Integrationszentrum beim Thema „Übergang Schule - Beruf“. Dieses Thema ist sehr wichtig und muss noch ausgeweitet werden. In der Lehrerausbildung ist transkulturelle Kompetenz kein Ausbildungsfach.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4 Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus

Vorlage: FB 56/0002/WP17

Frau Höller-Radtke ist erfreut, dass der Bund die Stadt Aachen bei der Etablierung von Mehrgenerationenhäusern unterstützt.

Frau Eickholt-Schippert erklärt, dass die Fraktion Grüne dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgt. Man möchte jedoch dem Bezirk nichts überstülpen, was der Bezirk nicht haben möchte.

Herr Frankenberger gibt bekannt, dass die Bezirksvertretung Eilendorf in der gestrigen Sitzung den Beschluss zum Mehrgenerationenhaus einstimmig abgelehnt hat.

Herr Müller äußert sich dahingehend, dass das Mehrgenerationenhaus nicht unbedingt in Eilendorf angesiedelt sein muss. Er findet es gut, ein Mehrgenerationenhaus im Stadtteil Rothe Erde einzurichten. Die CDU Fraktion trägt den Beschluss der Verwaltung mit.

Frau Höller-Radtke schlägt vor, weitere Verhandlungen mit der Bezirksvertretung Aachen Mitte zu führen.

Mit 1 Enthaltung wird folgender Beschluss einstimmig gefasst:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demografie fasst vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Aachen-Brand folgende Beschlüsse:

Das Mehrgenerationenhaus in Aachen/Brand ist Bestandteil der kommunalen Planung zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses.

Die Stadt Aachen beabsichtigt –vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2017- die zweckgebundene Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses in Höhe von jährlich 10 TEURO während der Förderphase 2017-2020 aus PSP-Element 4-100405-902-3 „Sozialraumbezogene Maßnahmen“, Kostenart 53180000.

Das Mehrgenerationenhaus in Aachen/Eilendorf an der Grenze zu Rothe Erde ist Bestandteil der kommunalen Planung zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses.

Die Stadt Aachen beabsichtigt –vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2017- die zweckgebundene Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses in Höhe von jährlich 10 TEURO während der Förderphase 2017-2020 aus PSP-Element 4-100405-902-3 „Sozialraumbezogene Maßnahmen“, Kostenart 53180000.

zu 5 **"Stiftung Kinder- und Jugendfonds" - Verwendung von Stiftungsmitteln**
hier: **Zuschuss an den SKM Aachen e.V., Projekt "Aachener Hände"**
Vorlage: **FB 20/0086/WP17**

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie beschließt den Zuschuss in einer Höhe von 32.300 € an den SKM Aachen e.V. für das Projekt „Aachener Hände“ aus der „Stiftung Kinder- und Jugendfonds“ für das Jahr 2017.

zu 6 **"Stiftung Elisabethspitalfonds" - Verwendung von Stiftungsmitteln**
hier: Zuschuss SKM Aachen e.V., Projekt "Gewaltlos stark"
Vorlage: FB 20/0087/WP17

Herr Müller hofft, dass auch in Zukunft für derart gute Projekte Stiftungsmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Hansen möchte wissen, ob das Konzept sich auch auf aggressive Frauen und auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften bezieht. Des Weiteren fragt er, ob Männer freiwillig zur Beratung kommen und ob Fallzahlen vorliegen.

Herr Nyhsen entgegnet, dass der Fokus der Arbeit auf aggressive Männer liegt und das Thema aggressive Frauen bisher nicht behandelt wird. Es wird darüber nachgedacht, ob dieses Thema in Zukunft aufgegriffen wird. Dadurch, dass sein Projekt auf einem niederschweligen Angebot basiert, kommen zu dieser freiwilligen Beratung ca. 5 mal mehr Männer, als zu einer nach einem Gewaltschutzverfahren gerichtliche angeordneten Beratung. Jährlich werden ca. 900 Anzeigen wegen häuslicher Gewalt erstattet; hierbei werden ca. 10 – 20 Täter zu einer Beratung verpflichtet.

Frau Seufert bedankt sich bei Herrn Nyhsen für das Konzept und äußert den Wunsch, dass im nächsten Jahr im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie über die Entwicklung des Projektes berichtet wird. Sie fragt, warum in der Vorlage der Ansatz mit 176.200 € pro Jahr festgelegt wurde, obwohl der Zuschuss sich nur auf 55.740 € beläuft.

Herr Nyhsen erklärt, dass geplant war, dass das Projekt auch in der StädteRegion Aachen durchgeführt wird. Man hat sich dann aber entschlossen, das Projekt nur für die Bürgerinnen und Bürger in Aachen anzubieten. Deshalb wurden auch die geplanten 2 Stellen auf eine Stelle reduziert.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie beschließt den Zuschuss in einer Gesamthöhe von 55.740 € an den SKM Aachen e.V. für das Projekt „Gewaltlos stark“ aus der „Stiftung Elisabethspitalfonds“ für das Jahr 2017.

zu 7 Anträge der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf Erhöhung der Zuschüsse 2017
Vorlage: FB 56/0015/WP17

Herr Deumens erläutert den Antrag der Fraktion DIE LINKE der als Tischvorlage (Anlage 1) vorgelegt wird. Er erklärt, dass in 2016, 5 Träger eine Erhöhung beantragt haben. Der Ansatz 2017 wurde jedoch nicht entsprechend angepasst, so dass für 2017 der Ansatz von 2015 maßgeblich ist. Er ist der Meinung, dass der Ansatz 2017 auf das Niveau des Ansatzes 2016 angehoben werden soll. Des Weiteren sollen die beantragten Erhöhungen der 3 Träger für 2017 berücksichtigt werden.

Frau Hüllenkremer erklärt den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD Fraktion, der als Tischvorlage eingereicht wird (Anlage 2). Die Ansätze von 2017 sollen auf dem Niveau von 2016 angepasst werden und die 3 Antragsteller für 2017 sollen jeweils eine 2 prozentige Erhöhung erhalten.

Frau Seufert beantragt für die Fraktion Grüne, dass der SKF, der 2016 nur eine Erhöhung von 1,4 % beantragt hat, für 2017 eine Erhöhung von 2,65 % erhalten soll.

Herr Müller erläutert, dass man sich in der CDU- und SPD Fraktion auf eine Erhöhung von 2 % geeinigt hat, weil auch im Kinder- und Jugendausschuss eine 2 prozentige Steigerung beschlossen wurde.

Frau Höller-Radtke stellt fest, dass insgesamt 3 Anträge, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Antrag der Fraktion Grüne und der gemeinsame Antrag der CDU- und SPD Fraktion vorliegen und bittet über die 3 Anträge abzustimmen.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE wird 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag der CDU- und SPD Fraktion wird mit 3 Nein- Stimmen mehrheitlich beschlossen. Die Ansätze 2017 werden auf das Niveau von 2016 angepasst. Bei den Trägern, die für 2017 eine Erhöhung beantragt haben, wird der Zuschuss um 2 % aufgestockt.

zu 8 **Haushaltsplanberatungen 2017 - Haushaltsplanentwurf 2017**
einschließlich Finanzplanung 2018 - 2020
Vorlage: FB 56/0007/WP17

Herr Frankenberger erläutert die Tischvorlage der Verwaltung (Anlage 1).

Frau Höller-Radtke fragt, ob es für die vorliegenden Veränderungsnachweise Änderungswünsche gibt.

Frau Seufert legt für die Fraktion Grüne einen Antrag auf Mittel zur Errichtung einer Trinkerstube als Tischvorlage (Anlage 2) vor. Sie erläutert, dass der Aufenthalt von angetrunkenen Personen an verschiedenen Plätzen und deren Verhalten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sehr störend ist. Des Weiteren führt sie aus, dass die Bürgerinnen und Bürger von der Verwaltung eine Lösung für dieses Problem erwarten. Die bestehenden Angebote können das Problem nicht lösen. Eine Trinkerstube würde eine Lösung bringen. Als Beispiel nennt Frau Seufert die Städte Kiel und Dortmund. Dort wurden durch Trinkerstuben die Probleme gelöst. Sie appelliert an die Mitglieder des Ausschusses ein Zeichen zu setzen.

Frau Hüllenkremer äußert sich dahingehend, dass sie das Problem sieht und der Anblick auf Angetrunkene sicher nicht schön ist. Sie weist darauf hin, dass dieses Thema schon öfter diskutiert wurde. Die Lösung kann jedoch nicht sein, das Problem an einen anderen Ort zu verschieben. Die SPD Fraktion stimmt dem Antrag nicht zu.

Herr Demmer merkt an, dass über das Thema Trinkerstube schon mehrfach beraten wurde. Es wurde keine Lösung gefunden, da kein geeigneter Raum für eine Trinkerstube ausfindig gemacht werden konnte. Die CDU Fraktion lehnt den Antrag ab.

Herr Deumens erläutert, dass in allen bisherigen Beratungen keine Mehrheit für diese Thema gefunden wurde. Bei der Argumentation der Fraktion Grüne sieht er nicht die alkoholkranken Menschen im Fokus, sondern die Ängste der Bürgerinnen und Bürger. Man kann die Menschen nicht wegsperren und er zweifelt, ob ein solches Angebot angenommen wird. Die Fraktion DIE LINKE stimmt dem Antrag nicht zu.

Frau Höller-Radtke erklärt, dass die Träger bei den alkoholkranken Menschen eine Umfrage zum Thema Trinkerstube gemacht haben. Von den betroffenen Frauen und Männern ist eine Trinkerstube nicht gewünscht. Vielleicht muss ein neuer Ansatz gefunden werden. Eine Trinkerstube ist in Aachen nicht praktikabel.

Frau Seufert schlägt vor, die beantragten Mittel für Alternativvorschläge zu verwenden.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Grüne auf Errichtung einer Trinkerstube wird mit 2 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Frau Hüllenkremer gibt von der CDU- und SPD Fraktion eine Tischvorlage mit Vorschlägen zur Überarbeitung der Ziele und Kennzahlen ab (Anlage 3).

Herr Deumens schlägt vor, dass die vorliegenden Produktblätter angenommen werden. Änderungswünsche sollen schriftlich eingereicht und in der ersten Sitzung in 2017 beraten werden.

Herr Frankenberger findet den Vorschlag gut. Er schlägt vor, die vorliegenden Produktblätter zu beschließen. Die Änderungswünsche sollen in einer neuen Vorlage Anfang 2017 beraten und beschlossen werden.

Herr Demmer schlägt vor, die Produktblätter für 2017 in der ursprünglichen Form zu beschließen und für 2018 zu aktualisieren. Änderungswünsche sollen nachgereicht und in der ersten oder zweiten Sitzung 2017 beraten werden.

Mit 5 Enthaltungen wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu TOP 7 (Anträge der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf Erhöhung der Zuschüsse 2017) ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne der Produktbereiche 050101, 050105, 050201, 050202, 050301, 050401, 050501, 100803 und 100804 entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2017 und der Finanzplanung 2018 – 2020 (Anlage 1) einschließlich der Produktblätter (Anlage 2) und der Veränderungsnachweisung (Anlage 3).

Er beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die Teilfinanzplanung zu übertragen.

Der Ausschuss beschließt die im Teilfinanzplan 2017 veranschlagten Investitionen sowie deren Finanzplanung 2018 – 2020 (Anlage 1) einschließlich der Veränderungsnachweisung (Anlage 4).

Außerdem beschließt der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie auf Empfehlung des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses folgende aus dem Produkt 100405 in das Produkt 050101 verlagerten Ansätze:

- „Sozialraumbezogene Maßnahmen“ für die Jahre 2017- 2020:
 - 4-050101-916-5/53180000 150.000 € jährlich
 - 4-050101-916-5/54310000 5.000 € jährlich

- „Sonderprogramm NRW, Quartiersmanagement“ für die Jahre 2017 – 2018:

SGA/16/WP 17

Ausdruck vom: 16.01.2017

Seite: 13/19

- 14-
- 4-050101-927-8/41410000 -215.800 € jährlich
 - 4-050101-927-8/50190000 253.800 € jährlich
 - 4-050101-927-8/54910000 16.000 € jährlich

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung das Produktblatt 050101 entsprechend anzupassen.

zu 9 Vergabe von Mitteln aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/ 53180000 "Projekte zur Integration"

Vorlage: FB 50/0203/WP17

Herr Demmer erläutert, dass der Integrationsrat in seiner Sitzung am 02.11.2016, 5.000 Euro für den Antrag bewilligt hat. Da der Integrationsrat Anträge nur bis zu einer Höhe von 5.000 € beschließen darf, muss der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie über den Betrag in Höhe von 584 € entscheiden.

Frau Strack möchte zu dem Projektantrag Nr. 10 wissen, ob die Übungsleiter auch im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen und traumatisierte Menschen geschult werden.

Frau Dogan kann hierzu keine Auskunft erteilen. Im Antrag des Stadtsportbundes sind Menschen mit Behinderungen und traumatisierte Menschen nicht erwähnt. Gegebenenfalls muss beim Stadtsportbund nachgefragt werden.

Frau Höller-Radtke führt aus, dass Inklusion Bestandteil jedes Antrages sein sollte.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die vom Integrationsrat beschlossene Verwendung der Mittel für „Projekte zur Integration“ zur Kenntnis und bewilligt die Restfördersumme in Höhe von 584,00 Euro zum Projektantrag Nr.10.

zu 10 WLAN für Flüchtlinge in städtischen Übergangwohnheimen

Vorlage: FB 56/0016/WP17

Herr Müller begrüßt den Plan der Verwaltung, WLAN für Flüchtlinge in den städtischen Übergangwohnheimen einzurichten. Die Begründung wurde in der Vorlage ausreichend dargelegt. Die Kosten belaufen sich umgerechnet auf 1 € pro Person.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung mit einer genauen Kostenermittlung für die einzelnen Standorte. Diese ist dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 11 Unterbringung von Flüchtlingen - Sachstandsbericht der Verwaltung

Vorlage: FB 56/0004/WP17

Herr Frankenberger erläutert die Tischvorlage die als Anlage 1 dem Protokoll beigefügt ist.

Frau Höller-Radtke bedankt sich bei Herrn Frankenberger und seinen MitarbeiterInnen für die Unterbringung der Flüchtlinge in menschenwürdige Unterkünfte.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 12 Aktuelle Situation

- a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG
- b) in den Übergangsheimen
- c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0005/WP17

Frau Strack bittet um eine differenzierte Darstellung in der Statistik bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Herr Frankenberger erklärt, dass geprüft wird, ob eine differenzierte Aufstellung nach Alter und Erwerbsminderung möglich ist.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Frankenberger gibt den nachfolgenden Sachstandsbericht zur Einführung der Gesundheitskarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Insgesamt 20 Kommunen haben die Gesundheitskarte in NRW eingeführt. Der Fachbereich 56 hat diese Kommunen angeschrieben und um einen Erfahrungsbericht gebeten. Neun Kommunen haben geantwortet. Insbesondere wurde nach den finanziellen Auswirkungen und nach dem Verwaltungsaufwand gefragt. Zu den finanziellen Auswirkungen konnten noch keine Angaben gemacht werden. Der Verwaltungsaufwand wurde von einigen Kommunen als wesentlich höher als vorher beschrieben, bei anderen Kommunen ist der Aufwand geringer. Dies ist stark abhängig von der zuständigen Krankenkasse. Bei der für die Stadt Aachen zuständige Krankenkasse, der AOK Rheinland/Hamburg wird von einem etwas geringeren Aufwand berichtet.

§ 15 der Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte regelt „Evaluation und Qualitätssicherung“. Hiernach ist eine Evaluation nach Abrechnung der ersten beiden Quartale vorgesehen. Folglich dürfte zeitnah eine zentrale Evaluation durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgen. Diese Evaluation ist
SGA/16/WP.17

Ausdruck vom: 16.01.2017

Seite: 16/19

abzuwarten.

-17-

Des Weiteren teilt Herr Frankenberger mit, dass am 10. Januar 2017, um 18.00 Uhr, in der Nadelfabrik der Film „Denk ich an Deutschland“ vorgeführt wird. Danach soll ein Austausch unter den Besuchern stattfinden. Er lädt die Mitglieder des Ausschusses zu dieser Veranstaltung herzlich ein.